

Melanie Marten
Ackerstr. 53
47229 Duisburg
Tel.: 02065-701097
info@sprachdienst.de

*(Hier: Im Namen der Interessengemeinschaft Eisenbahnsiedlung/
Bürgerbegehren gegen die Forensik in Duisburg)*

An den
Landtag NRW
z.Hd. Hr. Schlichting
Referat II.1.D.1

Per TELEFAX an: 0211-884-3002

Sehr geehrter Herr Schlichting,

in der Anlage erhalten Sie wunschgemäß unser Redekonzept.

Leider kann ich aus beruflichen Gründen erst zwischen 14 Uhr und 14.30 Uhr erscheinen. Obwohl ich nicht davon ausgehe, dass ich in Hinblick auf Quantität und Qualität der eingeladenen Referenten und Redner nicht innerhalb der ersten halben Stunde aufgerufen werde, bitte ich Sie doch um Berücksichtigung dieses Umstands.

Vielen Dank und mit freundlichem Gruß

Melanie Marten



Rede zum Thema „Maßregelvollzug“ vor dem Sozialausschuss im Landtag NRW am 24.04.2001

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Zuhörer,

zunächst möchte ich mich im Namen der Interessengemeinschaft Eisenbahnsiedlung Duisburg-Hohenbudberg bedanken: im Nachhinein für Ihre Einladung und im Voraus für Ihr offenes Ohr. Wir hätten uns allerdings sehr gewünscht, bereits im Vorfeld in die Standortplanung mit einbezogen zu werden. Mit Nachdruck möchten wir Ihnen mitteilen, dass wir das Sonderbaurecht zur Ansiedlung von forensischen Kliniken, auch ohne die Einwilligung der Gemeinden als *demokratisch höchst bedenklich* empfinden.

Was ist denn nun mit der Aussage der Frau Ministerin Fischer, die am 11. Juni 2000 vor dem Landtag ausdrücklich betonte, das Sonderbaurecht sei eine Ausnahmeregelung? Davon war ja wohl nichts zu sehen. Im übrigen fördern Ihre Methoden der Standortbestimmung nicht gerade die gewünschte Unterstützung des Maßregelvollzugs durch die Bevölkerung.

Gut. Lassen Sie mich Ihnen zunächst die Situation in Duisburg vorstellen, bevor ich Ihnen unsere Überlegungen zum Maßregelvollzugsgesetz darlege.

Duisburg hat eine Arbeitslosenquote von derzeit rund 14%. Die Stadt ist vorbelastet durch überdurchschnittliche Lärmwerte, durch eine mit Staub, Schwermetallen und durch die Chemieindustrie belastete Luft. Das auf dem Grund der Industriebrache der Krupp Stahlwerke Rheinhausen errichtete Logistikzentrum Logport wird in den nächsten Jahren noch zur Erhöhung des Verkehrsaufkommens und so der Luftverschmutzung beitragen.

Duisburg ist ein sozialer Brennpunkt und belegt bei Studien über die Lebensqualität stets die unteren Plätze. Macht es wirklich Sinn, dieser Stadt eine weitere Belastung aufzubürden, und sei sie nur psychologischer Art?

Weil wir den Standort Hohenbudberg, der ursprünglich für die Ansiedlung von kleinen und mittelständischen Betrieben mit geringen Emissionen vorgesehen

Autorin: Melanie Marten

Im Namen der Interessengemeinschaft Eisenbahnsiedlung e.V. Duisburg-Hohenbudberg

Rede zum Thema „Maßregelvollzug“ vor dem Sozialausschuss im Landtag NRW am 24.04.2001

war, sowie Duisburg als Standort generell ablehnen – nämlich auf Grund der extrem hohen Bevölkerungsdichte – haben wir ein Bürgerbegehren initiiert. Zur Erklärung: Ein Bürgerbegehren findet auf kommunaler Ebene statt und unseres zielt gegen den Entscheid des Rates der Stadt Duisburg, Rheinhausen als Standort für eine Forensik vorzuschlagen sowie auch gegen eine Ansiedlung an den beiden anderen Standorten, die seinerzeit vom Land vorgeschlagen wurden. Mit den geringen Mitteln, die wir als Bürgerinitiative zur Verfügung hatten, haben wir alleine in Rheinhausen 22.000 Unterschriften gegen die Ansiedlung einer forensischen Klinik auf Duisburger Grund und Boden sammeln können – und das in nur 6 Wochen! Diese Anzahl der Unterschriften entspricht rund 50% der Stimmen aller wahlberechtigten Bürger – Wählerstimmen.

Nun wird ein Bürgerentscheid, eine Art Referendum auf Kommunalebene, durchgeführt. Sollte dieser Entscheid erfolgreich sein, hat das Land keinen Zugriff mehr auf Hohenbudberg. Ganz abgesehen davon liegen uns mehrere Rechtsgutachten vor, auf Grund derer die Errichtung einer forensischen Klinik in Hohenbudberg gänzlich undenkbar ist. § 37 des BauGB ist hier nicht anwendbar. Ich möchte nicht ins Detail gehen – weitere Informationen lassen wir Ihnen auf Wunsch gerne zukommen.

Auch wenn dieser Kelch an uns vorüber gehen wird, stehen wir dem Maßregelvollzug nicht gleichgültig gegenüber – und wir sind gerne bereit, unsere Ideen aus dem Blickwinkel der Bürgerschaft einzubringen.

Nun zur Kernfrage: Welche Mängel sehen wir aus unserer Perspektive im Maßregelvollzug, wie er sich derzeit darstellt?

Die anderen Kolleginnen und Kollegen aus den Netzwerken haben ja schon einige wichtige Punkte genannt: der sogenannte 1:1 Ausgang, das Restriktiv-Konzept usw.

Autorin: Melanie Marten

Im Namen der Interessengemeinschaft Eisenbahnsiedlung e.V. Duisburg-Hohenbudberg

Rede zum Thema „Maßregelvollzug“ vor dem Sozialausschuss im Landtag NRW am 24.04.2001

Wir vermissen darüber hinaus die Verankerung der Standortauswahlkriterien und des Prozederes im Gesetzestext. Es existiert zwar ein Katalog zur Prüfung der Standorte, die Transparenz lässt jedoch mehr als zu wünschen übrig.

Nehmen Sie das Beispiel Duisburg. Die desolate wirtschaftliche Lage der Stadt lässt wenig Spielraum für Auflehnungsversuche gegen Landesentscheidungen.

Untermauert wird dies noch durch die landespolitische Abhängigkeit und Schmälerung der Bürgerinteressen seitens unserer Oberbürgermeisterin – aber das nur am Rande. In der Ratsvorlage liest sich das so: „Der Standort Hohenbudberg ist unmittelbar realisierbar und weist ein vergleichsweise geringfügiges Konfliktpotenzial auf.“ Das Gegenteil haben wir mit dem Bürgerbegehren ja nun beweisen können. Diese Aussage lässt jedoch die Vermutung zu, die Standorte seien ausschließlich auf der Grundlage der konfliktfreien Durchsetzbarkeit und schnellen Realisierung ausgewählt worden. Oder um es mit einer Frage zu formulieren: Werden unsere Bürgerinteressen gegen Subventionen verkauft?

Unter diesen Umständen können Sie kaum Akzeptanz erwarten. Wenn sich die Auswahlkriterien schon so unseriös darstellen, wie soll man dann in die praktische Umsetzung des Maßregelvollzugs Vertrauen fassen?

Ein umsichtiges Vorgehen mit den Bürgerinteressen scheint aber in unserem Fall nicht angezeigt zu sein – sei es, weil unsere Landesregierung sich (noch) so gefestigt fühlt, dass Bürgerinteressen locker hinten an gestellt werden können – sei es aus der Befürchtung heraus, ein zweites Herten könne sich einstellen. Es kann aber nicht Sinn der Sache sein, dass man erst nachlässig arbeitet, dann sieht, dass es brennt und danach Hals über Kopf und mit Starrsinn Entscheidungen durchzusetzen, die aus Sicht des gesunden Menschenverstandes untragbar sind.

In dem Resumé Ihres Novellierungsantrages sprechen Sie, die CDU-Fraktion, von vertrauensbildenden Maßnahmen und dem Wunsch nach Akzeptanz in der Bevölkerung.

Autorin: Melanie Marten

Im Namen der Interessengemeinschaft Eisenbahnsiedlung e.V. Duisburg-Hohenbudberg

Rede zum Thema „Maßregelvollzug“ vor dem Sozialausschuss im Landtag NRW am 24.04.2001

Wie stellen Sie sich das vor? Paragraph 4 definiert die Aufgaben des Beirates, u.a. heißt es dort, er solle das Verständnis und die Akzeptanz für den Maßregelvollzug in der Öffentlichkeit fördern. Andererseits ist Akteneinsicht und die Beteiligung an Entscheidungen über einzelne Patienten nicht gewünscht. Ist dann der Beirat nicht nur ein Organ für vertrauensweckende Öffentlichkeitsarbeit? Die Einrichtung des Beirats mit dem jetzt vorgesehenen Auftrag hat für uns den Beigeschmack einer Alibifunktion mit Doppelwirkung: Die Bürger sollen sich freuen, weil sie scheinbar mit einbezogen werden und gleichzeitig soll die Öffentlichkeit ihnen Glauben schenken, wenn sie um Akzeptanz und Verständnis werben.

Weiterhin ist in dem Unionspapier die Rede von „Dezentralisierung“. 14 Standorte anstatt der bisher 8. *Wahre Dezentralisierung* wäre der Freigang in den späteren Entlassungsregionen. Dann nämlich würde die angeblich gesellschaftspolitische Verantwortung für die Wiedereingliederung nicht nur auf den Schultern der Anwohner und der Kommunen lasten, in denen die forensischen Kliniken angesiedelt sind. Und das wiederum könnte Akzeptanz bringen.

Akzeptanz kann man auch durch die bessere Ausbildung des Klinikpersonals erzielen. Die notwendige Erfahrung und Weitsicht, wer wann wieviel Freigang erhält, muss man zahlreichen praktizierenden Gutachtern in der Forensik angesichts der bestehenden dürftigen Anforderungen einfach absprechen. Wie will man, wenn man jetzt schon Personalmangel in den forensischen Kliniken des Landes zu verzeichnen hat, in so kurzer Zeit 6 neue Standorte mit qualifiziertem Personal bestücken? Es wäre schön, wenn Sie es nicht so eilig hätten, dann könnte man nämlich erst die Infrastrukturen schaffen, bevor man sich in blindem Aktionismus ergeht und 6 neue Kliniken aus dem Boden stampft. Auch das wäre akzeptanzfördernd.

Autorin: Melanie Marten

Im Namen der Interessengemeinschaft Eisenbahnsiedlung e.V. Duisburg-Hohenbudberg

Rede zum Thema „Maßregelvollzug“ vor dem Sozialausschuss im Landtag NRW am 24.04.2001

Aber wie Herr Dönisch-Seidelt Mitte Dezember in einer Bürgerversammlung im Clarenbachhaus in Rheinhausen sinngemäß selber sagte: „Es sind viel zu viele Insassen im Maßregelvollzug, die dort gar nicht hinein gehören.“

Dadurch wurden die katastrophalen Zustände z.B. in Eickelborn doch erst ausgelöst. Die allgemein vertretene Ansicht, die Gesellschaft müsse ihre Verantwortung übernehmen, weil die Täter Produkt der Gesellschaft sind, in der sie leben, führt zu einer Aushebelung der Verantwortung des Einzelnen und letztlich zur Überfüllung der Maßregelvollzugsanstalten und zu Personalmangel. Der Täter wird zum Opfer gemacht und Unbeteiligte zu Tätern.

Oft wird gesagt, die Anwohner ergingen sich in diffusen Ängsten. Nein – es ist eine ganz konkrete und rational nachvollziehbare, auf Fakten begründete Angst. Es sind die soeben angeführten Missstände im Maßregelvollzug, die Ängste hervorrufen. Es ist nicht die hysterische Angst vor'm (Zitat) „Schwarzen Mann“, wie vor ein paar Wochen in einem WDR-Bericht über Eickelborn abgetan wurde, sondern die Angst vor der Fehlbarkeit des Maßregelvollzugs, die sich ja nur zu oft erwiesen hat.

Erst wenn Sie die erforderlichen Infrastrukturen geschaffen haben – von der Ausbildung des Personals, über die bessere Qualifizierung von Gutachtern und Gutachterqualitätskontrollen, über stringenter Sicherheitsvorkehrungen bis hin zu einer umfassenden Einbeziehung der Bevölkerung samt Berücksichtigung der Bürgerinteressen sowie Transparenz und Fairness bei der Standortauswahl – dann können Sie von den Bürgern Akzeptanz und Verständnis erwarten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Autorin: Melanie Marten

Im Namen der Interessengemeinschaft Eisenbahnsiedlung e.V. Duisburg-Hohenbudberg